

„Die entsetzliche Wohnungsnot“¹ – Notizen zu Innsbrucks Geschichte 1919–1945

Wer nicht das Glück hat, über eine Eigentumswohnung oder ein Haus zu verfügen, ist auf den sogenannten „freien Wohnungsmarkt“ angewiesen, der weder frei noch ein Markt ist. Um das knappe Gut Wohnraum herrschte und herrscht politisches Gezerre: Konservative Parteien bevorzugten privaten Wohnbau und sehen im Besitz einer Wohnung ein Mittel gegen Altersarmut; linke Parteien plädieren für eine strenge Beaufsichtigung des Wohnungs-„Marktes“, Mietbegrenzungen und den sozialen Wohnbau. Wohnungsmangel, übertriebene Mieten und Spekulation sind aber kein neues Phänomen, sondern begleiten Städte durch alle Zeiten.

Seit der Wende vom 19. auf das 20. Jahrhundert, als städtische Zentren Menschen anzogen, zeigte sich das Phänomen Wohnungsnot auch in Innsbruck. Zugezogene waren zumeist auf kleine, teils unbeheizte Räume ohne Küche angewiesen. Der deutschnational zusammengesetzte Innsbrucker Gemeinderat agierte wirtschaftlich liberal und mischte sich nicht in den Wohnungsmarkt ein. Einzig ein gemeinderätliches Komitee für Wohnungsfürsorge sollte dafür sorgen, jährlich ein bis zwei Häuser für weniger Begüterte bauen zu lassen.² Der Erste Weltkrieg stoppte den privaten Wohnbau und lenkte alle Mittel zum Militär. Nach Kriegsende, als Ressourcen knapp oder überhaupt nicht vorhanden und weiteste Bevölkerungskreise massiv verarmt waren, zeigte sich der Mangel auch beim Wohnraum. Er war knapp, er war teuer, die Preise stiegen unaufhaltsam, er war wie alle Güter des täglichen Lebens der Spekulation unterworfen. Die *Innsbrucker Nachrichten* orteten eine geradezu „panikartige Wohnungsnot“.³ Dank des allgemeinen Wahlrechts veränderten sich die politischen Verhältnisse radikal: Die Deutschnationalen verloren ihre Vorherrschaft und mussten sich die Macht mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Christlich-sozialen Partei teilen, auf Bundesebene und auch in Innsbruck.

Mit den neuen Parteien zogen neue Themen in das Parlament und die Gemeindestuben und zuvor als privat erachtete Aufgaben wanderten in die öffentliche Hand. Jahrelange Versäumnisse schnell aufzuholen war aber unmöglich, so dass öffentliche Stellen mit zwei Maßnahmen auf die Wohnungsnot reagierten: erstens mit einem ansonsten verpönten Eingriff in das Eigentumsrecht und zweitens mit der Errichtung von Notwohnungen.

Wohnungsanforderung

Schon Mitte November 1918 erließ die provisorische Bundesregierung, der Staatsrat, ein Gesetz, das es erlaubte, unter bestimmten Bedingungen Wohnungen anzufordern, das hieß in der Praxis zu beschlagnahmen. Bis die Tiroler Landesregie-

rung dieses Gesetz umsetzte, dauerte es allerdings noch einige Zeit. In der Sitzung am 6. März 1919 beschloss der Innsbrucker Gemeinderat jedenfalls, dem Auftrag der Bundes- und Landesregierung zu folgen und ein städtisches Wohnungsamt und einen „allgemeinen Wohnungsnachweis“ einzurichten. Ab nun konnten leer stehende Wohnungen oder einzelne unbenützte Räume in großen Wohnungen beschlagnahmt werden. Jede freie Wohnung war verpflichtend zu melden, ebenso war jeder Mietvertrag dem städtischen Mietamt zur Genehmigung vorzulegen. Das Mietamt konnte, erschien ihm der Zins zu hoch, diesen auf Beschluss eines eigenen Gremiums reduzieren. Verträge ohne Zustimmung des Mietamtes waren ungültig, beide Vertragsseiten durften bestraft werden.⁴

Bis Mitte Juli 1919 gelang es dem neuen Amt, 90 Familien unterzubringen, zugleich suchten 144 Familien dringend eine Wohnung. Andere lebten in „menschunwürdiger Weise“, manches Mal zu siebt in einem Zimmer, zugleich stoße die Anforderung von Wohnungen auf große Probleme, „überall steht wer da, der sagt, jetzt sind wir da, jetzt darf niemand herein, greif wohin du willst, nur daher nicht“.⁵ Briefe Verzweifelter erreichten das Wohnungsamt, wie der eines Familienvaters, der mit Frau und vier Kindern ein kleines Zimmer und eine Küche in der Höttinger Riedgasse bewohnte. Die Kinder seien krank, litten am Mangel an Licht und Luft, in dem kleinen Zimmer stünden zwei Betten, in denen vier Familienmitglieder nächtigten, zwei Kinder schliefen auf einem Sofa in der Küche.⁶ Erhebungsbeamte des städtischen Wohnungsamtes besichtigten ungenutzte Wohnungen, um sie eventuell anfordern zu können. Am 30. August 1919 schrieb ein Erhebungsbeamter einen Bericht über eine Wohnung in der Pfarrgasse 2. Sie bestand aus drei Zimmern und einer Küche, in denen sich „nur ein Sofa, einige Sessel, ein Kasten und Holz sowie einiges altes Gerümpel“ befand. Der Mieter meinte, er benütze die Wohnung seit 15 Jahren als Magazin, weil der Besitzer gar keine Mietparteien wolle. Nur vier Tage später forderte das Wohnungsamt die Wohnung „behufs Zuweisung von obdachlosen Parteien“ an.⁷ Der sozialdemokratische Gemeinderat Arthur Foltin kritisierte in der Gemeinderatssitzung am 26. September 1919 die mangelnde Solidarität der HausbesitzerInnen. Es zeige sich „im Publikum eine merkwürdige Bewegung“:

„Alle möglichen Verwandten tauchen auf, von allen möglichen Seiten werden Neffen, Nichten als Zimmerherrn in die Wohnung hineingenommen, um unserer Wohnungsfürsorgeaktion ein Bein zu stellen. Es ist ein merkwürdiges Missverkennen der Situation von Seite der Bevölkerung, von Seite der Einwohner, dass sie es immer noch nicht verstehen, wie dringend notwendig es ist, dass alle, die grosse Wohnungen haben, mit daran arbeiten, dass wir die Leute bequartieren können.“⁸

Ende August 1919 erweiterte die Landesregierung in einer Kundmachung die Rechte der Stadtverwaltung.⁹ Der Innsbrucker Gemeinderat beschloss demzufolge am 26. September 1919, ab Ende Oktober prinzipiell alle vermieteten Wohnungen in der Stadt als „angefordert“ anzusehen.¹⁰ Betroffen von dieser generellen Anforderung waren auch Zimmer in Hotels und Gasthöfen. Anfang Oktober 1919 teilte

die Stadt allen Beherbergungsbetrieben mit, sie müssten innerhalb von drei Tagen die Zahl der Zimmer melden, von denen ein Viertel als beschlagnahmt galt. Über die Miethöhe müssten sich die Hotels mit dem Mietamt einigen.¹¹ Allein im Café Central beschlagnahmte die Stadt zehn Zimmer und ließ sie als Notwohnungen adaptieren.¹²

Proteste blieben nicht aus. Der „Verein der Ingenieure des Staatsbaudienstes für Tirol und Vorarlberg“ sah das durch die Verfassung „gewährleistete Hausrecht“ verletzt. Er gestand zwar ein, dass die Regierenden den „Bedauernswerten, die heute kein Obdach finden können“ helfen müsse, dies solle aber nicht in einer Weise geschehen, „dass weite Kreise der Bevölkerung in ihrem Hausfrieden, ihrem Hausrechte, dem Letzten, was viele aus dem Zusammenbruch überhaupt noch gerettet haben, geschädigt werden“. Er verwehrt sich dagegen, dass „in gut eingerichteten Wohnungen Tagelöhner-Familien einquartiert werden, noch dazu mit Küchenbenützung“. Der Protest gelangte zur Landesregierung, die von der Stadt Innsbruck eine Erklärung forderte. Diese bezeichnete den Inhalt obiger Kundmachung im Vergleich mit solchen anderer Landeshauptstädte als geradezu milde. Innsbrucks Wohnungsnot werde durch mehrere Umstände verschärft, wie der italienischen Besetzung, dem ungehinderten Zuzug und der „Aufnahme der aus den Sukzessionsstaaten [Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie] vertriebenen deutschen Volksgenossen“.¹³

Zeiten der Not befördern Vorurteile, was ein Mann erfahren musste, der einige Nächte im Hotel Sonne verbracht hatte und sich beim städtischen Kriegswucheramt über die Höhe des Zimmerpreises beschwerte. Der Hotelpächter rechtfertigte den Preis und schloss mit einem antisemitischen Ausfall: „Wenn einzelne jüdische Volksausbeuter, die täglich tausende ‚verdienen‘ oft einige Kronen mehr für ein erstklassiges Zimmer zahlen, so geschied [sic] dies nicht immer der wenigen Kronen halber, sondern meistens um der Sippe [sic] loszuwerden.“¹⁴ Es war dies nicht der einzige antisemitische Vorfall. Ein Mann zeigte beim Innsbrucker Polizeikommissariat zwei in den *Innsbrucker Nachrichten* erschienene Wohnungsanzeigen an, in denen Wohnungsuchende einen sehr hohen Mietzins boten. Solche Preise könnten, so der Anzeiger, nur „Wiener Juden“ und „hiesige Geldleute“ bieten, die „durch fortwährendes Überbieten alle verfügbar werdenden Wohnungen an sich reißen“. Er forderte, dem „Treiben dieses Gelichters“ und den „Schurkereien“ ein Ende zu bereiten.¹⁵ Nicht nur gegen Juden richteten sich die „Bedenken“ der Bevölkerung und des Gemeinderates, sondern gegen AusländerInnen generell, die Grund in der Stadt ankauften. In der Gemeinderatssitzung am 11. Oktober 1919 war der Antrag einer italienischen Firma, die in Innsbruck ein Freilager für Lebensmittel einrichten wollte, Thema. Der nachmalige Bürgermeister und Mandatar der Deutsch-Freiheitlichen Anton Eder sah den „deutsche[n] Charakter der Stadt gefährdet“, das Straßenbild sei schon „des deutschen Wesens entkleidet, das Auge begegnet Gestalten, die das Empfinden verletzen“. Er befürchte, „dass diese Fremdlinge sich vermehren werden, wie die Kaninchen in der Reichenau“.¹⁶

Im Zentrum der Auseinandersetzungen von Wohnungsbesitzenden mit der Stadt stand das Wohnungsamt, von Seiten Wohnungsuchender kritisiert, weil die

Zuweisung einer Wohnung lange dauerte, von Seiten der VermieterInnen, weil sie Anforderungen als Enteignung begriffen, und dies, obwohl sie Mietzins kassierten. Im Oktober 1920 beschwerte sich der Haus- und Grundbesitzer-Verein über das Wohnungsamt. Es vergebe Wohnungen auch an Nicht-InnsbruckerInnen, was nicht rechtens sein, sondern „heller Wahnsinn“. Es gehe nicht an, in „bereits übervölkerte[n] Orte[n]“ Ortsfremden eine Wohnung zu geben und „die Menschen wie in einem Schafpferch zusammendrängen zu wollen“. Unter den derzeit 1.900 vorgemerkten Wohnungsuchenden befänden sich sicherlich viele, die das Amt ausscheiden könne. Der Verein verlangte einen neuen Leiter des Wohnungsamtes und die Hälfte aller Sitze im städtischen Wohnungsausschuss, um den „Enteigneten“ eine Stimme zu geben.¹⁷

Ende 1925 lief das Wohnungsanforderungsgesetz aus, weil der Bund davon ausging, dass sich die Verhältnisse normalisiert hätten. Damit endete vorläufig die Tätigkeit des Wohnungsamtes, das zu einer reinen Wohnungsfürsorgestelle herabsank. Das Mietamt blieb als städtische Schlichtungsstelle bestehen, auch weil es Vorentscheidungen in Mietrechtskonflikten traf. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise und dem vom Bund angeordneten Verwaltungsabbau überlegte die Stadt Innsbruck, genauer der bestellte Regierungskommissär Franz Fischer, sowohl das Wohnungsfürsorge-, als auch das Mietamt aufzulassen. Mitte April 1934 drängte der Verband der Hausbesitzervereine Tirol auf eine Auflösung des Mietamtes, wogegen sich dieses wehrte. Naturgegeben sei das Amt bei den Hausbesitzervereinen unbeliebt, weil es eine „Schutzfunktion“ ausübe, „die sich in der Mehrzahl der Fälle zu Gunsten der Mieter“ auswirke.¹⁸ Der dem Regierungskommissär beigegebene Beirat diskutierte Mitte Juni 1934 über das Ansuchen der Hausbesitzervereine, wobei der nachmalige Bürgermeister Franz Greiter dafür stimmte. Das Verhältnis zwischen MieterIn und HausbesitzerIn werde sich bessern, wenn „die Mieter nicht mehr die Möglichkeit haben, zum Mietamt zu laufen“.¹⁹ Im November 1934 debattierte der Beirat über das städtische Budget und die Miethöhe in städtischen Wohnbauten. Beirat und Optikermeister Fritz Miller meinte, es könne nicht sein, dass so viele mit Wohnbauförderungsmitteln errichtete Wohnhäuser keine Gewinne erwirtschafteten, weshalb wohl einige auf Kosten aller zu günstig wohnten. Regierungskommissär Fischer bezeichnete die Mietpreisberechnung als aus einer Zeit stammend, als die Sozialdemokratische Partei noch im Gemeinderat saß. Die Fürsorgekosten seien generell zu hoch, bemängelte Miller. Die Hälfte entfalle auf „verschämte Arme“, zumeist Alte und Erwerbslose, erklärte Fischer, während „sogenannte Unterstützungstechniker, die ihre Lebensaufgabe darin erblicken, sich zur Gänze von ihren Mitmenschen erhalten zu lassen“, die andere Hälfte beanspruchten.²⁰

Die Stadtregierung war alleine nicht befugt, das Amt aufzulösen, sondern musste dies beim Justiz- und Sozialministerium beantragen. In den letzten Jahren seien immer weniger Anträge beim Mietamt eingelangt, begründete die Stadt Mitte Juni 1936 ihr Ansuchen. Die beiden Ministerien genehmigten die Auflösung Ende August 1936. Für einige Jahre waren damit zwei wichtige Ämter der Stadt, das Wohnungs- und das Mietamt, entweder aufgelöst oder in seinen Kompetenzen sehr beschnitten.

Notwohnungen

Wohnungsanforderungen waren nur ein Versuch, dem Elend zu begegnen, was den Verantwortlichen auch klar war. Es mussten möglichst schnell neue Wohnungen gebaut oder bestehende Gebäude adaptiert werden, was angesichts von Massenverarmung und Ressourcenmangel nur die öffentliche Hand leisten konnte.

Im März 1919 bildete sich ein Vollzugsausschuss für Notwohnungen, in denen die Stadt Innsbruck sechs Personen (drei Politiker, drei Beamte) entsandte.²¹ Anfang Juni 1919 beschäftigte sich dieser Ausschuss, ergänzt um Beamte des Landes und des Staatsamtes für soziale Verwaltung, mit Objekten, die entweder schon adaptiert und vermietet waren oder mit geplanten Umbauten. Im in der Nähe des Westbahnhofes gelegenen und im Besitz des Landes befindlichen Auto-Ersatz-Depot²² baute die Stadt insgesamt 47 Wohnungen in das Gebäude des Wachkommandos, des Arrests und einer Baracke ein. Am Gelände des Prügelbaues (heute Polizeigebäude am Innrain) standen acht Baracken der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, welche die Stadt ankaufte. Von den nicht sehr solide gebauten Baracken eigneten sich vier für Adaptierungen, so dass im Laufe des Sommers 24 Wohnungen entstehen konnten. Das Haus Anichstraße 25 mit 15 Wohnungen, bisher von der Militärverwaltung gemietet, forderte die Stadt an. Der Vollzugsausschuss überlegte auch, Wohnungen in Häusern einzubauen, das von italienischen Truppen besetzte Barackenlager in der Reichenau nach deren Abzug zu adaptieren und schließlich neue Häuser zu bauen. Schon begonnen hatte die Stadt 15 Häuser zu je vier Wohnungen in der Roseggerstraße. Die Kosten für alle diese Umbauten vermochte die Stadt nicht alleine zu tragen, so dass sie vom Bund Kredite erbat.²³

Für Einzelpersonen suchte und fand die Stadt 55 Zimmer in den Innsbrucker Klöstern; insgesamt fünf Bögen des Eisenbahnviaduktes erwiesen sich als adaptierbar.²⁴ Je nach Größe der Notwohnung und Bedürftigkeit der MieterIn kassierte die Stadt einen monatlichen Mietzins. So fielen in den Notwohnungen im Gelände des Auto-Ersatz-Depots zwischen 16 und 50 Kronen monatlich an, erstere für ein Zimmer mit Herd und Toilettenmitbenützung, zweitere für eine Kammer, zwei Zimmer, eine Küche und eine Einzeltoilette.²⁵ Als Notwohnungen adaptierte die Stadt auch das Turnusvereinshaus in der Innstraße 2 oder die Baracken in Pradl, welche die k. k. Armee südlich der heutigen Conradkaserne als Seuchenspital errichtet hatte.²⁶ 1920 als Wohnmöglichkeit für abgerüstete Soldaten vorgesehen, bewohnten im Laufe der 1920er Jahre Ärmere die Baracken. Die insgesamt 132 Wohnparteien konnten von der Stadt Schrebergärten pachten, um ihre kargen Essensrationen aufzubessern.²⁷

Was nur als vorübergehende Notmaßnahme und Provisorium gedacht war, hielt sich mitunter jahrzehntelang. Auf eine leichte Erholung der wirtschaftlichen Lage folgten Weltwirtschaftskrise und die Sparprogramme der österreichischen Regierung, die den Bau von Wohnungen behinderten. In den Barackensiedlungen, sei es die Pradler, sei es die am Prügelbau, verfestigte sich die Armut. Die BewohnerInnen dürften nur gering bezahlter oder keiner Arbeit nachgegangen sein, was einen sozialen Aufstieg und die Miete einer „normalen“ Wohnung verhinderte. Die

Stadt Innsbruck förderte zwar den Wohnbau, aber mehr für solche Menschen, die über Eigenmittel verfügten. Die Mitte der 1930er Jahre am Stadtrand entstehenden Kleinsiedlungen waren bestimmten sozialen Gruppen zugewiesen, womit die Stadt die soziale Segregation vorantrieb: So war die Siedlung am Sieglanger als „Arbeitslosenwohnanlage“ geplant, die am Lohbach, damals nach dem Sozialminister der Dollfuß-Regierung Neustädter benannt, stand Handwerkerfamilien offen, die am Hörtnagelgrund war mittelständischen vorbehalten. Für die Sieglangersiedlung bewarben sich auch vier Familien, die bisher in einer Baracke wohnten.²⁸

Erst 1937 ging die Stadt daran, die Innsbrucker Barackenlager (Pradlerlager und Prügelpaulager mit zusammen 86 Familien, Notwohnungen im Garnisonsspital mit 30 Familien) nach und nach durch Häuser zu ersetzen und in einem ersten Bauabschnitt vier Häuser für 84 Wohnparteien in der Burgenlandstraße (heute Teil des Südrings) und heutigen Premstraße zu bauen.²⁹ Ein Amtsbericht, datiert mit 10. Feber 1938, hielt dazu fest, dass es notwendig sei, „für jene asozialen Barackenbewohner, die jeder Eingliederung in eine geordnete Volksgemeinschaft abhold“ seien, ein neues Barackenlager zu bauen. Aus dem Material der abzureißenden Baracken könnten relativ günstig vier neue Baracken mit 32 Wohnungen erbaut werden.³⁰ Wie verbreitet nationalsozialistisches bzw. rechtes Gedankengut war, zeigt die Verwendung des Wortes „Volksgemeinschaft“ schon vor dem März 1938.

Das eine waren die von der Stadt als „asozial“ bezeichneten BewohnerInnen, das andere war, dass viele den von der Gemeinde verlangten Mietzins in den neuen Häusern nicht aufbringen konnten, vor allem, weil sie teils schon jahrelang arbeitslos waren oder über eine zu dürftige Altersversorgung verfügten. Die Stadt wollte sich die erwarteten hohen Mietzinsbeihilfen ersparen, weshalb der Gemeindegtag (= ständestaatlicher Gemeinderat) Mitte Feber 1938 den Bau von vier Wohnbaracken auf einer städtischen Grundparzelle in der Reichenau an der Grenze zu Amras beschloss.³¹ Die städtische Gebäudeverwaltung erstellte eine Liste mit den Namen der „asozialen“ Wohnparteien, „die einerseits in einem schlechten Ruf stehen, andererseits für schönes Wohnen gar keinen Sinn haben“, und solchen, die zwar arm waren, „aber als anständige und saubere Parteien zu bezeichnen sind“. In den Baracken sollten Wohnungen mit ein oder zwei Zimmern entstehen sowie Einraum-Wohnungen für kinderlose Ehepaare. Diese Wohnungen sollten klein sein, um die Nutzung „als Absteigequartier allmöglichen Gesindels“ zu verhindern. Auf der Liste finden sich die Namen von 24 als „asozial“ und 16 als arm bezeichneten Familien, die in die neuen Wohnbaracken einziehen sollten.³² Die 24 „asozialen“ Familien hatten insgesamt 65 Kinder, die 16 armen 37.³³ Die hohe Zahl an Kindern zu einer Zeit, als es keine staatlichen Transferleistungen gab, dürfte wohl ihren Teil zur Armut der Familien beigetragen haben.

Menschen, die in den 1930er Jahren noch in den Notwohnungen der Nachkriegszeit lebten, waren wohl großteils manifest arm und ausgegrenzt. Daher schafften sie im Gegensatz zu jenen, die lediglich vorübergehend in einer Baracke wohnen mussten, den sozialen Aufstieg nicht. Der Großteil der 40 oben genannten Familienoberhäupter war als Hilfsarbeiter oder Handwerker beschäftigt, darunter auch sechs Stadtarbeiter.

Wohnen in der „Volksgemeinschaft“ 1938–1945

Das nationalsozialistische Regime strebte eine „Volksgemeinschaft“ an, in der jede und jeder mit dem richtigen Blut nach dem Willen des „Führers“ einen festen Platz einnehmen sollte. Folgerichtig löste das Regime die Interessenvertretungen der MieterInnen und VermieterInnen als überflüssige „Kampfinstrumente“ politischer Gruppierungen auf und führte sie in der „Wohnwirtschaftsstelle“ zusammen. In der Vergangenheit habe nicht „das volksgemeinschaftliche, sondern das ausgesprochen wirtschaftliche Moment“ dominiert, was „zwangsläufig den Mieter in einen Gegensatz zu seinem Hausbesitzer und umgekehrt“ geführt habe. Die neue Stelle werde nach NS-Grundsätzen beide Seiten beraten „und nicht mehr deutsche Volksgenossen in zwei Klassen unterteilen“.³⁴ Angesichts der herrschenden Wohnungsnot in Innsbruck ließ Gauleiter Franz Hofer im Dezember 1938 das reichsdeutsche Wohnungsanforderungsgesetz für Innsbruck in Kraft setzen.³⁵ Die reichsdeutsche Variante unterschied sich in ihrem Wortlaut nicht von der österreichischen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Der Stadt anzuzeigen waren leer stehende oder wenig benützte Wohnungen, die nach einem Bescheid einer bestimmten Person zu vermieten waren.

Vor Kriegsbeginn versuchte das Regime jedoch, jahrelange Versäumnisse der ständestaatlichen Stadtführung aufzuholen und startete, um sich ein soziales Image zu verschaffen, ein Wohnbauprogramm. Für viele Anlagen, die in dieser Zeit entstanden, lagen schon fertige Pläne in den Schubladen, deren Bau an leeren Stadtkassen gescheitert war. Ende April 1938 bezifferte das städtische Bauamt die Zahl der „minderbemittelten“ Familien, die dringend untergebracht werden mussten, mit 230, und schlug vor, südlich der Conradkaserne den zweiten Bauabschnitt in der Premstraße zu starten.³⁶ Im Jänner/Feber 1939 wies dann die städtische Gebäudeverwaltung die „Volkswohnungen“ bedürftigen Familien zu. Um eine Neubesiedlung der bisherigen „Elendsquartiere“ und ihre Neuvermietung zu verbieten, schilderte das städtische Gesundheitsamt, in welchem Zustand sich einige befanden. Der Bericht bietet ein Bild, was in Innsbruck als Wohnmöglichkeit für weniger Begüterte angeboten war: Das etwa vier Quadratmeter große „Zimmerchen“ in der Neurauthgasse 17 sei sehr feucht, in einem Nebenraum drohe die Decke einzustürzen, der Fußboden sei vollkommen verfault, die Wände feucht. Der in der Reichenau 88 stehende Stadel sei als Wohnung vollkommen ungeeignet, ebenso die Wohnung in der Angerzellgasse 16. Die Wohnung in der Gabelsbergerstraße 21 bestehe aus zwei Zimmern im Keller, die Wände seien wegen fehlender Isolierung „gegen das umgebende Erdreich feucht und mit Schimmelpilzrasen bedeckt“.³⁷ Vernichtend fiel das Urteil des Gesundheitsamtes über die Wohnverhältnisse in der Altstadt aus. Die engen Gassen und hohen Häuser ließen kein Licht in die unteren Stockwerke fallen, viele Fensteröffnungen führten in einen Lichtschacht, der seinen Namen nicht verdiene, käme doch weniger Luft als „mehr Gestank aus anderen Wohnungen“ in die Räume. Viele Zimmer hätten überhaupt keine Fenster, wegen fehlender Hofräume stünden die Mülleimer in den Gängen, was die Luft noch mehr verschlechterte. Ärmliche und kinderreiche Familien bewohnten diese Räume, „bei welchen oft die größte Unreinlichkeit herrscht“. Viele Kinder hätten

„ein erbärmliches Aussehen und weisen ganz unbegreifliche Verschmutzung und auch Verlausung auf“. Ein wenig besser sähe die Situation in der Innstraße aus, aber auch nur bei den Richtung Fluss liegenden Wohnungen, da mehr Licht eindringe. Allerdings fehle es an einer „ordentlichen Kanalisierung“. Offene Ritschen führten nach wie vor den Unrat in den Fluss, „die Abortgruben usw. erzeugen oft eine ganz scheußliche Verunreinigung der Luft“.³⁸

Meldungen über unzumutbare Wohnverhältnisse hielten an. Im August 1941 bat ein Angestellter des Bauamtes das Wohnungsamt, für einen städtischen Arbeiter schnell eine Wohnung zu beschaffen. Dieser habe im Ersten Weltkrieg eine Stichverletzung im Kopf erlitten und leide an den Spätfolgen, die Stadt beschäftige ihn als Straßenkehrer. Zusammen mit seiner Frau bewohne er eine Holzhütte auf einem Alteisenlagerplatz an der Egger-Lienz-Straße. Die rund sechs Quadratmeter große Hütte sei aus Holzplanken gezimmert, das Dach mit Dachpappe abgedeckt. Daneben wohne der Bruder des Besitzers in einem „Hennenstall“, ein weiterer städtischer Arbeiter lebe in einer ähnlichen Hütte.³⁹

Allein 1938 entstanden 314 neue Wohnungen, vor allem im südlichen Pradl oder in Hötting, für 1939 plante die Stadt den Bau von mindestens 534.⁴⁰ Dies mochte für Innsbrucker Verhältnisse genügen, aber als mit der Option die „Umsiedlung“ tausender SüdtirolerInnen zu bewältigen war, bedurfte es geradezu ungeheurer finanzieller Mittel und logistischer Kraftakte. Knapp eine Woche vor Kriegsbeginn beauftragte Gauleiter Franz Hofer die Stadt, bis Jahresende zusätzlich 600 Wohnungen zu bauen, und zwar sollten in einem ersten Schritt Baulücken gefüllt werden, so etwa in der Wiltener Zollerstraße oder in der Pradler Langstraße.⁴¹ Hatte die Bautätigkeit der Stadt schon bisher nicht genügt, alle Wohnungsuchenden zu versorgen, so verschärfte sich die Lage nach Kriegsbeginn. Schon Ende Oktober 1939 beantragte die städtische Gebäudeverwaltung, den Parteienverkehr einzuschränken, es seien ohnehin keine Wohnungen zu vergeben. Das Arbeiten werde nur „durch das ewige Klopfen und Drängen und Rufen der Leute ausserhalb der Amtslokale äusserst erschwert“.⁴² Mit der „Sonderaktion Südtirol“, die vom allgemeinen Neubauverbot, das ab Kriegsbeginn die Baukonjunktur bremste, ausgenommen war, schaffte es die Stadt, zusammen mit Bauträgern wie der Neuen Heimat in den Folgejahren ganze Siedlungen zu errichten. Dies gelang allerdings nur mit dem massiven Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern und auf Kosten der Bauqualität.

Der Mangel an Wohnraum, der Neueinstellungen von Personal erschwerte, veranlasste die Stadt, im Feber 1941 ihre MitarbeiterInnen zu bitten, Zimmer in Untermiete zu vergeben. Zimmer zu beschlagnahmen, wollte die Stadt vermeiden, weil „den Einquartierten von ihren Quartiergebern die ärgsten Unannehmlichkeiten bereitet werden“. Schließlich mietete die Stadt im Hotel Europa und im Wilden Mann Einzelzimmer für ihr Personal an.⁴³ Bei Wohnungsanforderungen kam es ebenso wie bei solchen nach dem Ersten Weltkrieg zu Auseinandersetzungen zwischen Hausbesitzern und zugewiesenen Wohnparteien. Hausbesitzer Hans Baumgartner in der Gumpstraße 22 sollte nach dem Willen der Stadt eine achtköpfige Südtiroler Familie in sein Haus aufnehmen, was er strikt ablehnte. Er verfüge selbst über sein Haus und wolle eine „zahlungskräftige Mietpartei“, keinesfalls eine „kinderreiche Familie, noch dazu eine Südtiroler Familie“.⁴⁴ Andere versuch-

ten, mit massiven Interventionen bis hoch zum Gauleiter eine ihnen genehme Wohnung zu erhalten. Eine Frau beschwerte sich, als ihre Interventionen nicht den gewünschten Erfolg zeitigten, über das Wohnungsamt. Oberbürgermeister Egon Denz verteidigte die Arbeit der Beamten, die wohl zu den „unangenehmsten“ zähle. Der Andrang Wohnungsuchender sei unerhört groß, an die 7.000 seien es momentan, darunter rund 2.000 „ausgesprochener Elendsfälle“. Mitunter fielen „harte Worte seitens der Wohnungssuchenden“ und es brauche „eine geradezu übermenschliche Geduld, um hier nicht das eine oder anderemal die Nerven zu verlieren und die Vorwürfe, Tränen, Weinkrämpfe, Bestechungsversuche, Drohungen, Beschimpfungen usw. ruhig über sich ergehen zu lassen“.⁴⁵

Die Wohnungsnot verschärfte sich dramatisch, als ab Mitte Dezember 1943 Bomben auf Innsbruck fielen. Bis Kriegsende waren knapp 60 % aller Wohnungen beschädigt, allein rund 17 % unbenutzbar.⁴⁶ Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg adaptierte die Stadt Baracken, in denen bis dahin Kriegsgefangene oder ZwangsarbeiterInnen gelebt hatten, als Notwohnungen. Das stadteigene Kriegsgefangenenlager in der Reichenau (nicht zu verwechseln mit dem „Arbeitserziehungslager“ der Gestapo) diente von Kriegsende bis in den November 1946 der französischen Militärregierung, dann der Tiroler Sicherheitsdirektion als Gefangenenlager für NS-Funktionäre. Im Sommer 1947 erhielt die Stadt einige Baracken, die sie zuerst renovieren ließ, bevor sie sie obdachlosen Innsbrucker Familien zuwies.⁴⁷ Noch jahrelang blieb das reichsdeutsche Wohnungsanforderungsgesetz in Kraft, das es der Stadt erlaubte, unbenutzte oder Räume in großen Wohnungen zu beschlagnahmen.

Mit dem Wirtschaftsaufschwung verschwanden nach und nach die Innsbrucker Barackensiedlungen aus dem öffentlichen Raum. Der vor Ende des Ersten Weltkrieges nur spärlich vorhandene städtische Hausbesitz wuchs an, gemeinnützige Wohnbauträger wie die Neue Heimat schufen dank Wohnbauförderung Wohnungen zu leistbaren Preisen. In Zeiten der Not und der Spekulation aber reagierten öffentliche Stellen mit gesetzlichen Eingriffen, um HausbesitzerInnen an die soziale Pflicht, die mit Eigentum verbunden ist, zu erinnern und Solidarität vorzuschreiben.

Anmerkungen

- 1 Aus dem Antrag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Innsbrucker Gemeinderat, 7.2.1919. Stadtarchiv Innsbruck (StAI), Ratsprotokolle 1909–1919.
- 2 Vor Beginn des Ersten Weltkrieges entstanden allerdings nur zwei Häuser mit je acht Wohnungen. Bürgermeister Wilhelm Greil, Rechenschaftsbericht, 30.12.1914. StAI, Ratsprotokolle 1909–1919.
- 3 Wohnungsnot in Innsbruck, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 28.1.1919, S. 11.
- 4 Protokoll über die 4. Sitzung des Innsbrucker Gemeinderates, 6.3.1919. StAI, Ratsprotokolle 1919.
- 5 So der sozialdemokratische Gemeinderat Arthur Foltin in der Gemeinderatssitzung am 17.7.1919. StAI, Ratsprotokolle 1919/2.
- 6 Josef Kuprian an Wohnungsamt, 27.6.1919. StAI, Wohn. Fürsorge 1919–1921, Mp. 1919, Zl. 19341.
- 7 Erhebungsbericht, 30.8.1919; Anforderungsbescheid, 4.9.1919. Ebd., Mp. 1919 Allgemeines, Zl. 24177/8082.
- 8 Arthur Foltin in der Gemeinderatssitzung am 26.9.1919. StAI, Ratsprotokolle 1919/2.
- 9 Kundmachung der Tiroler Landesregierung vom 25. August 1919, betreffend die Anforderung von Wohnungen durch die Stadtgemeinde Innsbruck und die Gemeinde Hötting. LGBl. 60/1919.
- 10 Kundmachung, 3.10.1919. StAI, Wohn. Fürsorge 1919–1921, Mp. 1919, Zl. 27782/8082.

- 11 Stadtmagistrat an alle Besitzer von Gasthöfen, Hotels und Kaffees, 1.10.1919. Ebd., Zl. 26416.
- 12 Wohnungsnot, in: *Allgemeiner Tiroler Anzeiger*, 17.2.1920, S. 1 f.; hier S. 2.
- 13 Verein der Ingenieure des Staatsbaudienstes für Tirol und Vorarlberg an Staatsangestelltenverband, 3.11.1919; Stadtmagistrat an Landesregierung, 28.11.1919. StAI, Wohn. Fürsorge 1919–1921, Mp. 1919, Zl. 30860.
- 14 Eduard Kleemann an Kriegswucheramt, 24.10.1919; J. Langes an Kriegswucheramt, o. D. Ebd., Zl. 29349.
- 15 Friedrich Royko an städtisches Polizeikommissariat, 3.7.1919. Ebd., Zl. 22860.
- 16 Anton Eder, Sitzung des Gemeinderates, 11.10.1919. StAI, Ratsprotokolle 1919/2.
- 17 Haus- und Grundbesitzerverein an den Gemeinderat, 22.10.1920. StAI, Wohn. Fürsorge 1919–1921, Mp. 1921, Zl. 19011.
- 18 Mietamt an Magistratsdirektion, 25.4.1934. StAI, Akten MD 1936, Abschn. 53, Akt 409.
- 19 Sitzung des Beirates, 12.6.1934. StAI, Beiratsprotokolle 1934 1935/38.
- 20 Sitzung des Beirates, 26.11.1934. Ebd.
- 21 Sitzung des Gemeinderates, 6.3.1919. StAI, Ratsprotokolle 1909–1919.
- 22 Damals in der Staatsbahnstraße, ab 1930 Egger-Lienz-Straße.
- 23 Vollzugsausschuss für Notwohnungen, Protokoll, 4.6.1919. StAI, Wohn. Fürsorge 1919–1921, Mp. 1919 Allgemeines, Zl. 8082/20439.
- 24 Arthur Foltin, Bericht des Vollzugsausschusses für Notwohnungen, 26.4.1919. Ebd., Zl. 8082/13514.
- 25 Wohnungsamt der Stadt Innsbruck, Liste MieterInnen Mannschaftsgebäude, Juli 1919. Ebd., Zl. 17161.
- 26 StAI, Sanität 1918, Mp. Seuchenspital 1915–1918, Zl. 6733.
- 27 Unterlagen dazu in StAI, Coml. 1922/6, Mp. Städt. Armenamt Schrebergärten Prügelbau Pradlerlager.
- 28 3. Sitzung des Beirates, 17./24.4., 8./15./22.5., 2.6.1934. StAI, Beiratsprotokolle 1934 1935/38.
- 29 StAI, Akten MD 1937, Mp. Vergebung öffentl. Arbeiten 1930–1936, Zl. 15/1135/60/MD/1937.
- 30 Amtsbericht, 10.2.1938. StAI, Akten Bau 1938, Abschn. 11, Zl. 354.
- 31 Vermerk, 15.2.1938. Ebd.
- 32 Städtische Gebäudeverwaltung, Amtsbericht, 26.2.1938. Ebd.
- 33 Techn. Bericht zum Regellentwurf von Kleinwohnungen für asoziale Elemente, Feber 1938. Ebd.
- 34 Wohnwirtschaft einheitlich ausgerichtet, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 8.9.1938, S. 5.
- 35 Wohnungsanforderungsgesetz auf Innsbruck erstreckt, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 21.12.1938, S. 6.
- 36 Anton Kininger an Tiroler Landesregierung, 29.4.1938. StAI, Akten Bau 1938, Abschn. 11, Zl. 832.
- 37 Städtisches Gesundheitsamt an Gebäudeverwaltung, 25.3.1939. StAI, Akten Bau 1939, Abschn. 11, Zl. 1314.
- 38 Amtsarzt Robert Kapferer an Bauamt, 30.1.1941. StAI, Akten Bau 1941, Abschn. 25, Zl. 587.
- 39 August Mignon an Wohnungsamt, 23.8.1941. Ebd., Zl. 3673.
- 40 Anton Kininger an Oberbürgermeister Egon Denz, 8.3.1939. StAI, Akten Bau 1940, Abschn. 11, Zl. 4381.
- 41 Landeshauptmannschaft, Amtsvermerk, 25.8.1938. StAI, Akten Bau 1942, Abschn. 11, Sonderaktion Südtirol, Zl. 3495/4125.
- 42 Städtische Gebäudeverwaltung an Magistratsdirektion, 23.10.1919. StAI, Akten MD 1939, Abschn. 6, Zl. 4575.
- 43 Rundschreiben, 10.2.1941; Magistratsdirektion an alle Abteilungen, 1.7.1940; Oberbürgermeister Egon Denz an Magistratsdirektion, 21.6.1940. StAI, Akten MD 1940, Abschn. 60, Zl. 690 u. Abschn. 25, Zl. 2511.
- 44 Stadtinspektor Albert Schartner, Stellungnahme, 4.6.1942. StAI, Akten MD 1942, GA 5-21, Zl. 1952.
- 45 Oberbürgermeister Egon Denz an Kanzlei des Gauleiters, 7.8.1942. Ebd.
- 46 Statistisches Handbuch der Stadt Innsbruck, hg. Statistisches Amt der Stadt Innsbruck, Innsbruck 1950, 451 (Tab. 2/D).
- 47 StAI, Akten Bau 1947, Arbeiterlager der Stadt Innsbruck, Fasz. 2, Umschlag 1947, Zl. 308 und jeweilige Unterzahlen.